

Fragen

für die Fragestunde der 129. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 8. November 2000

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Börnsen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU)	2	Lintner, Eduard (CDU/CSU)	26, 27
Böttcher, Maritta (PDS)	15	Naumann, Kersten (PDS)	20, 21
Bonitz, Sylvia (CDU/CSU)	9, 10	Niebel, Dirk (F.D.P.)	5
Breuer, Paul (CDU/CSU)	37, 38	Nolting, Günther Friedrich (F.D.P.)	24, 25
Bulling-Schröter, Eva-Maria (PDS)	19	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt am Main) (F.D.P.)	1, 6
Deittert, Hubert (CDU/CSU)	33, 34	Parr, Detlef (F.D.P.)	12
Dr. Göhner, Reinhard (CDU/CSU)	32	Schlee, Dietmar (CDU/CSU)	13, 14
Goldmann, Hans-Michael (F.D.P.)	30, 31	Schönfeld, Karsten (SPD)	28, 29
Hiksch, Uwe (PDS)	18	Dr. Seifert, Ilja (PDS)	16
Hohmann, Martin (CDU/CSU)	11	Siemann, Werner (CDU/CSU)	22, 23
Hübner, Carsten (PDS)	17	Straubinger, Max (CDU/CSU)	3
Kopp, Gudrun (F.D.P.)	4	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)	35, 36
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	7, 8		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	8

Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt am Main)
(F.D.P.) Gibt Staatsminister Dr. Michael Naumann die Auffassung der Bundesregierung wieder, wenn er die Kompetenzzuweisung des Grundgesetzes im Kulturbereich an die Länder als „Verfassungsfolklore“ und den „Föderalismus als Ausdruck der Angst der Deutschen vor sich selbst“ bewertet („DIE ZEIT“ vom 2. November 2000)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

2. Abgeordneter
Wolfgang Börnsen
(Bönstrup)
(CDU/CSU) Mit welchen konzeptionellen Überlegungen verbindet die Bundesregierung ihre Absicht, insgesamt 233 Planstellen beim Bundesgrenzschutz (BGS) Schleswig-Holstein auch weiterhin mit einem kw-Vermerk zu verbinden, obwohl nach den Erfahrungen an den Westgrenzen der Bundesrepublik Deutschland der Personalaufwand für den BGS nach Schengen nicht geringer, sondern höher ausgefallen ist und eine solche Situation sich auch nach dem Schengenbeitritt des Königreiches Dänemark nach Aussagen von Experten auch an dieser Grenze ergeben wird, d. h. es einen erhöhten und nicht geringeren Stellenbedarf gibt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

3. Abgeordneter
Max Straubinger
(CDU/CSU) Ist der Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung von Einkünften mit den Plänen der Bundesregierung, eine Entfernungskostenpauschale in Höhe von 0,80 DM je km einzuführen, noch gewährleistet, angesichts der Tatsache, dass dann ein Berufspendler, der mit der Deutschen Bahn fährt, z. B. auf der Strecke Landau–München (Entfernung 125 km x 200 Arbeitstage x 0,80 DM) bei einem Jahresaufwand von ca. 3 600 DM dann 20 000 DM bei der Jahressteuererklärung als Werbungskosten in Ansatz bringen kann?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

4. Abgeordnete
Gudrun Kopp
(F.D.P.)
- Bleibt es bei der am 11. Oktober 2000 im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie genannten hälftigen Kostenaufteilung für die Weltausstellung EXPO 2000 zwischen dem Bund und dem Land Niedersachsen und gibt es Anzeichen für eine Überschreitung des derzeit bekannten Defizits der EXPO 2000 in Höhe von 2,4 Mrd. DM?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

5. Abgeordneter
Dirk Niebel
(F.D.P.)
- Wie hoch beziffern sich nach Ansicht der Bundesregierung die nicht realisierten Forderungen bei der Bundesanstalt für Arbeit und wie gedenkt sie, auf eine Realisierung dieser finanziellen Mittel hinzuwirken?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

6. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt am Main)
(F.D.P.)
- Wie bringt die Bundesregierung ihre mir in der Fragestunde am 25. Oktober 2000 zu Frage 8 (Plenarprotokoll 14/126 S. 12074 D) erteilte Auskunft, sie habe keine Kosten verursachende PR-Kampagne in Tschechien gestartet, in Einklang mit der Pressemitteilung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 2. Oktober 2000, wonach dieses von Ende August bis Ende September 2000 zur „Förderung nachbarschaftlichen Zusammenlebens und des Nachbarschaftsgefühls“ unter der Schirmherrschaft des Bundeskanzlers eine PR-Aktion in Polen und Tschechien mit Kosten von „ca. 2,4 Mio. DM“ veranstaltet habe?
7. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über eine etwaige polnische Bereitschaft, der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen vom 5. Oktober 1992 beizutreten, und wie beurteilt die Bundesregierung das vom Parlament

der Republik Polen am 7. Oktober 1999 beschlossene „Gesetz über die polnische Sprache“ vor allem hinsichtlich des Gebrauchs von Regional- und Minderheitensprachen in Polen, z. B. der deutschen Sprache in den Hauptwohngebieten der deutschen Minderheit in Polen, im öffentlichen Raum?

8. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über den Stand des Gesetzgebungsprozesses im polnischen Parlament über einen Gesetzentwurf zur Reprivatisierung von nach dem Zweiten Weltkrieg enteignetem Vermögen, und in welcher Weise werden in den derzeitigen Beratungen zu diesem Gesetzentwurf Personen, die zum Zeitpunkt des Verlustes des Vermögens nicht im Besitz der polnischen Staatsangehörigkeit waren, bei Rückgabe- oder Entschädigungsregelungen berücksichtigt?

9. Abgeordnete
**Sylvia
Bonitz**
(CDU/CSU)

Wie steht der Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, heute zu der Tatsache, dass 1973 der Ex-Terrorist Hans-Joachim Klein, gegen den jetzt vor dem Frankfurter Landgericht das Gerichtsverfahren begonnen hat wegen dreifachen Mordes sowie versuchten Mordes beim Überfall auf die OPEC-Konferenz in Wien im Jahr 1975, im Auto von Joseph Fischer gestohlene Schusswaffen transportiert hatte?

10. Abgeordnete
**Sylvia
Bonitz**
(CDU/CSU)

Welcher Art waren die Kontakte des Bundesministers des Auswärtigen, Joseph Fischer, zum Ex-Terroristen Hans-Joachim Klein, und bis zu welchem Zeitpunkt (bitte Jahresangabe) bestanden diese Kontakte fort?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

11. Abgeordneter
**Martin
Hohmann**
(CDU/CSU)

Bleibt die Bundesregierung bei den Plänen zur Copyright-Abgabe auf CD-Brenner, Drucker, ISDN-Anlagen, CD-Roms nach einem erweiterten Urheberrechtsgesetz oder hat die Bundesregierung in dieser Angelegenheit neue Ein- oder Absichten gewonnen?

- | | |
|--|---|
| 12. Abgeordneter
Detlef Parr
(F.D.P.) | Wie beurteilt die Bundesregierung die intensiven Diskussionen des kürzlich erst beendeten Deutschen Juristentages über die zz. gültigen gesetzlichen Regelungen zur Sterbebegleitung und Sterbehilfe in Deutschland? |
| 13. Abgeordneter
Dietmar Schlee
(CDU/CSU) | Ist sich die Bundesregierung der Tatsache bewusst, dass das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland durch die Verbreitung neonazistischer Propaganda, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen oder volksverhetzender Parolen durch deutsche Extremisten geschädigt wird, und wenn ja, was unternimmt die Bundesregierung, um insoweit bestehende Strafbarkeitslücken zu schließen und damit eine Strafverfolgung in Deutschland herbeizuführen? |
| 14. Abgeordneter
Dietmar Schlee
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, dass sich die Internet-Auftritte von Rechtsextremisten seit 1996 verzehnfacht haben, und wenn ja, was unternimmt die Bundesregierung, um die überwiegend über ausländische Provider eingestellten rechtsextremistischen Web-Seiten aus dem Internet zu entfernen und die Strafverfolgung zu gewährleisten? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

- | | |
|--|---|
| 15. Abgeordnete
Maritta Böttcher
(PDS) | Trifft es zu, dass wehrmedizinische Forschungen in Entwicklungsprojekten der zivilen Forschung der Bundeswehr durchgeführt werden („Welt am Sonntag“ vom 22. Oktober 2000), und wenn ja, worin besteht dann die spezielle Problematik der Anwendung dieser Erreger und Toxine in Verbindung mit Waffen? |
| 16. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(PDS) | Wie schätzt die Bundesregierung im Rahmen der Bundeswehrforschungen zu B-Waffen das Risikopotential von Krankheitserregern ein, die gegen Antibiotika resistent gemacht werden und als biologische Waffen eingesetzt werden können, und welche Erfordernisse ergeben sich aus ihrer Sicht, um entsprechende Risiken – auch im Hinblick auf den Schutz der Zivilbevölkerung – zu minimieren? |

- | | |
|---|--|
| 17. Abgeordneter
Carsten
Hübner
(PDS) | Von welchen Bedrohungsszenarien geht die Bundesregierung – vor dem Hintergrund von Pressemeldungen vom 23. Oktober 2000 und in der „Welt am Sonntag“ vom 22. Oktober 2000 über wehrmedizinische Forschung zu B-Waffen unter Verwendung gentechnischer Methoden im B-Waffen-Schutz im Falle antibiotikaresistenter Krankheitserreger – aus? |
| 18. Abgeordneter
Uwe
Hicksch
(PDS) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die mögliche militärische Nutzung des Potentials von moderner Bio- und Gentechnik (vgl. z. B. „Welt am Sonntag“ vom 22. Oktober 2000) zu feindseligen Zwecken eine Herausforderung bzw. potentielle Bedrohung der eigenen Bevölkerung wie auch anderer Völker darstellt? |
| 19. Abgeordnete
Eva-Maria
Bulling-Schröter
(PDS) | Werden vor dem Hintergrund von Pressemeldungen vom 23. Oktober 2000 und in der „Welt am Sonntag“ vom 22. Oktober 2000 über wehrmedizinische Forschung zu B-Waffen unter Verwendung gentechnischer Methoden aus Deutschland biologische Kampfstoffe oder Komponenten für Kampfstoffe in andere Staaten geliefert? |
| 20. Abgeordneter
Kersten
Naumann
(PDS) | Werden aus Deutschland Erreger für Human-, Tier- oder Pflanzenkrankheiten in andere Staaten geliefert und mit anderen Staaten ausgetauscht, und wenn ja, welche? |
| 21. Abgeordneter
Kersten
Naumann
(PDS) | In bzw. aus welchen Staaten werden benannte Erreger exportiert bzw. importiert? |
| 22. Abgeordneter
Werner
Siemann
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung den Zeitplan für die Verabschiedung des Soldatengesetzes sowie der Soldatenlaufbahnverordnung im Hinblick auf die Kündigungsfristen der Bewerberinnen in ihren bisherigen Arbeitsverhältnissen bezüglich der Öffnung aller Laufbahnen und Laufbahngruppen für Frauen in der Bundeswehr, und wie viele mit einer Einstellungszusage versehene Bewerberinnen werden den Dienst aufgrund der bisher nicht beschlossenen rechtlichen Grundlage am 2. Januar 2001 nicht antreten? |

23. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, dass die Vorbereitungen für ein neues Personalstärkegesetz zur Einsparung von Personalkosten sowie zur Lösung des Beförderungs- und Verwendungsstaus weitgehend abgeschlossen sind, und wann wird der entsprechende Entwurf dem Parlament vorgelegt?
24. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(F.D.P.)
- Wie umfangreich waren die Einsätze des Kommandos Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr im Rahmen von SFOR (Stabilisation Force) und/oder KFOR (Kosovo Force), und wann wurden sie durchgeführt?
25. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(F.D.P.)
- Was war die rechtliche Grundlage der etwaigen Einsätze, und warum unterblieb eine vorherige oder nachgeschaltete Unterrichtung der Ausschüsse und des Parlaments?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

26. Abgeordneter
Eduard Lintner
(CDU/CSU)
- Haben der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG (DB AG), Hartmut Mehdorn, oder andere Personen aus dem Leitungsbereich der DB AG gegenüber dem Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW), Reinhard Klimmt, oder anderen Repräsentanten des BMVBW den Betrag, den die Bahn nach ihrer Einschätzung zur Sanierung ihres Streckennetzes in den nächsten Jahren benötigt, konkret beziffert, und wenn ja, als wie hoch wurde der Betrag dabei bezeichnet?
27. Abgeordneter
Eduard Lintner
(CDU/CSU)
- Welchen Betrag beabsichtigt die Bundesregierung der DB AG für die Sanierung des Schienennetzes, insbesondere auch die Beseitigung der Langsamfahrstellen im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung jeweils jährlich zur Verfügung zu stellen, und welchen Betrag glaubt die Bundesregierung in diesem Zeitraum als 100%iger Eigentümer der DB AG aufwenden zu müssen?

28. Abgeordneter
**Karsten
Schönfeld**
(SPD)
- Von welchen Baukosten und Realisierungszeiträumen für die verschiedenen Ausbauvarianten des durchgängigen 6-streifigen Ausbaus der Bundesautobahn A 4 zwischen den Anschlussstellen Jena-Göschwitz und Magdala („Leutratal“) geht die Bundesregierung aus, und welche konkreten Summen sind bereits in die Investitionsplanung des Bundes eingestellt?
29. Abgeordneter
**Karsten
Schönfeld**
(SPD)
- Ist die Bereitstellung von Finanzmitteln an eine bestimmte Ausbauvariante des durchgängigen 6-streifigen Ausbaus der Bundesautobahn A 4 zwischen den Anschlussstellen Jena-Göschwitz und Magdala („Leutratal“) gekoppelt, und gibt es zwischen der Bundesregierung und der Thüringer Landesregierung Absprachen über Trassenführung bzw. zu favorisierende Ausbauvarianten?
30. Abgeordneter
**Hans-Michael
Goldmann**
(F.D.P.)
- In welchem Verfahren wurden die Straßenbauprojekte für das neue 2,7 Mrd. DM-Programm aus den Zinersparnissen durch die Veräußerung der UMTS-Lizenzen (UMTS = Universal Mobile Telecommunications System) ausgewählt, von denen in diversen Zeitungen zu lesen war, und warum wurden der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen des Deutschen Bundestages und die Länderministerien nicht mit diesem Straßenbauprogramm befasst?
31. Abgeordneter
**Hans-Michael
Goldmann**
(F.D.P.)
- Nach welchen Kriterien wurden die Straßenbauprojekte ausgewählt?
32. Abgeordneter
**Dr. Reinhard
Göhner**
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung der öffentlichen, in einem Brief an den Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Reinhard Klimmt, gerichteten Forderung des Ministers für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW), Ernst Schwanhold, entsprechen, zusätzliche 1,7 Mrd. DM für Bahn- und Straßenprojekte in NRW aus den Zinersparnissen nach den UMTS-Erlösen (UMTS = Universal Mobile Telecommunications System) zur Verfügung stellen, um u. a. die zweite Baustufe der B 239/Ortsumgehung Herford und die Fertigstellung dieser Ortsumgehung bis Ende 2004 sowie die – wie Minis-

ter für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr, Ernst Schwanhold, zu Recht schreibt – „überaus wichtigen Lückenschlüsse“ der A 30 und A 33 in Ostwestfalen zu finanzieren?

33. Abgeordneter
**Hubert
Deittert**
(CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung die zahlreichen Pressemeldungen bestätigen, wonach für den Lückenschluss der Bundesautobahn A 33 Mittel in Höhe von 200 Mio. DM aus Zinersparnissen bereitgestellt werden, die dem Bundeshaushalt aufgrund der UMTS-Erlöse zukommen und an die Länder weitergeleitet werden?

34. Abgeordneter
**Hubert
Deittert**
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, ihren Einfluss auf das Land Nordrhein-Westfalen dahingehend auszuüben, dass das derzeit ausgesetzte Planfeststellungsverfahren für die A 33 auf Grundlage der Variante V 16+ wieder aufgenommen wird?

35. Abgeordneter
**Peter
Weiß**
(Emmendingen)
(CDU/CSU)

Trifft es zu, dass bei der Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans gegenüber dem ursprünglichen Zeitplan der Bundesregierung mit einer Verzögerung von über zwei Jahren zu rechnen ist und damit in dieser Legislaturperiode des Deutschen Bundestages die Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplanes nicht mehr abgeschlossen wird?

36. Abgeordneter
**Peter
Weiß**
(Emmendingen)
(CDU/CSU)

Bedeutet die Verzögerung bei der Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplanes, dass Bundesfernstraßenvorhaben, die nicht im derzeit laufenden Investitionsprogramm 1999 bis 2002 und ebenfalls nicht im neuen aus den UMTS-Erlösen finanzierten Ortsumgehungsprogramm enthalten sind, keine Chance haben, in den Jahren 2003 oder 2004 in ein Investitionsprogramm aufgenommen und realisiert zu werden?

37. Abgeordneter
**Paul
Breuer**
(CDU/CSU)

Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, dass sie in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 25. Oktober 2000 (14.30 Uhr) auf meine Frage 24 (Plenarprotokoll 14/126 S. 12086 D) nach der Finanzierung des A 4-Weiterbaus von Olpe-Süd bis zur Krombacher Höhe sowie der Hüttentalstraße (B 62) bis Kreuztal ausführte, dass „zurzeit noch keine konkreten Zusagen zur Finanzierung von ein-

zelen Straßenbauprojekten gemacht werden“ könnten, während einem Bundestagsabgeordneten der Koalitionsfraktionen aber bereits eine Stunde später eine schriftliche Zusage zu diesem Projekt mitgeteilt wurde?

38. Abgeordneter
**Paul
Breuer**
(CDU/CSU)

Kann man in Zukunft davon ausgehen, dass der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sicherstellt, dass seine beiden Parlamentarischen Staatssekretäre zur gleichen Zeit nicht inhaltlich unterschiedliche Aussagen gegenüber Abgeordneten der Oppositions- und der Koalitionsfraktionen machen?

